

Ihnen weitere Informationen zu geben. Das ist ein wichtiges Thema. Sich darüber zu informieren, ist aller Mühen wert. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin Schulze. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir sind damit am Schluss der Beratung und kommen zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/2274** an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk**. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zu

8 Kulturelle Bildung allen Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen ermöglichen – Landesregierung muss halten, was sie verspricht: Kein Kind zurücklassen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2288

Ich eröffne die Beratung und erteile für die FDP-Fraktion Frau Kollegin Schmitz das Wort.

Ingola Schmitz¹⁾ (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Das zentrale Projekt unserer Kulturpolitik auch in dieser Legislaturperiode bleibt der Ausbau der kulturellen Bildung.“ So können wir es dem Koalitionsvertrag der rot-grünen Landesregierung entnehmen.

Wir sind – da bin ich mir sicher – in diesem Hause alle der Meinung, dass der kulturellen Bildung unserer Kinder und Jugendlichen eine Schlüsselrolle zukommt und ihre Förderung eine gute und richtige Zukunftsinvestition ist. Ein Mehr an kultureller Bildung ermöglicht auch ein Mehr an gesellschaftlicher Teilhabe, stärkt die Kreativitätseinfaltung und die Entwicklung sozialer Kompetenzen.

Dies alles sind Grundsteine für ein aktives Miteinander, das in Zeiten einer sich immer schneller entwickelnden globalisierten Welt zunehmend schwieriger wird. Deswegen ist es wichtig und richtig, sich gerade in diesem Bereich besonders zu engagieren und dabei möglichst alle jungen Menschen zu erreichen.

Sehr geehrte Frau Ministerin Schäfer, sicherlich ist die Idee des Kulturrucksacks interessant und nicht von vornherein abzulehnen. Das haben wir immer wieder betont. Neue Ideen sind uns immer sehr willkommen und stoßen bei uns auf offene Ohren sowie auf die Bereitschaft zur konstruktiven Zusammenarbeit.

Deutlich gerügt, sehr geehrte Frau Ministerin, haben wir die Vernachlässigung des Programms „Jedem Kind ein Instrument“.

(Beifall von der FDP)

Gern würden wir hierbei eine schnellstmögliche Ausweitung auf das ganze Land sehen, aber wir bleiben auch realistisch, denn solche Vorhaben sind kostenintensiv und vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage sicherlich nicht ohne Weiteres zu realisieren.

An dieser Stelle trifft der ökonomische Gesichtspunkt auf das hehre Ziel der kulturellen Bildung als Zukunftsinvestition für alle. Dennoch sollten wir uns von diesem Ziel nicht abbringen lassen.

(Beifall von der FDP und Prof. Dr. Thomas Sternberg [CDU])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sollten also schauen, auf welchem Stand wir bei der kulturellen Bildung angelangt sind. Was haben wir schon? Was brauchen wir noch? Kulturrucksack, „Kultur und Schule“, „Jedem Kind ein Instrument“, Jugendkunst- und -kulturschulen, Kinder- und Jugendtheater – sie alle werden im Koalitionsvertrag genannt. All das will die Koalition ausbauen, effizienter und nachhaltiger fördern.

Wie Sie das machen wollen, haben Sie uns nicht gesagt. Aber wie erwähnt: Die FDP-Landtagsfraktion ist in Sachen kultureller Bildung für gute, konstruktive Vorschläge jederzeit offen. Sie sehen: Wir machen uns auch unsere eigenen Gedanken zu diesem Thema.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Bildungslandschaft gleicht einem jungen Laubblatt, das sich gerne stabilisieren möchte, es aber nicht vermag, weil ihm die Struktur fehlt. So zerfällt es wieder in Einzelteile, die nach und nach vertrocknen. Obwohl das Blatt im Moment des Öffnens frisch und glänzend erscheint, kann es sich doch nicht richtig entfalten und auch nicht in seiner Ganzheit zur Geltung kommen.

Lassen Sie uns gemeinsam unserer Bildungslandschaft die Struktur geben, die sie benötigt, um nachhaltig bestehen zu können, also die Lebensadern, die notwendig sind für eine kulturelle Stabilität in unserem Land.

(Beifall von der FDP und Prof. Dr. Thomas Sternberg [CDU])

Der vorliegende Antrag soll Anlass geben, die vielen Elemente in der kulturellen Bildung zu verbinden

und Möglichkeiten zu suchen, trotz intensiver Sparbemühungen den ökonomischen Aspekt bei der kulturellen Bildung als Ressource verstehen zu können.

Hiermit wird ein Anlass gegeben, sich einen möglichst genauen Überblick zu verschaffen. Dieser kommt allen anderen Beteiligten und möglichen Teilnehmern an kulturellen Bildungsangeboten zugute.

Ein unkomplizierter Überblick über die Angebotslandschaft erleichtert den persönlichen, individuellen Zugang zu diesen Angeboten. Für die Politik bietet er die Chance, möglichst effizient Lücken zu schließen und strukturierten Ausbau zu betreiben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir würden uns freuen, wenn Sie unserem Antrag – selbstverständlich nach eingehender Beratung im Kulturausschuss – Ihre Zustimmung geben könnten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und Prof. Dr. Thomas Sternberg [CDU])

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Schmitz. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Bialas.

Andreas Bialas (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich begrüße den Antrag sehr,

(Beifall von der FDP)

denn er gründet auf der Zielrichtung des Gedankens der Teilhabe. Bei der Teilhabe an kultureller Bildung waren wir nie weit auseinander. Das steht sogar in bester sozial-liberaler Tradition.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP] – Zurufe von der CDU: Ui! – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Denn wir gehen gemeinsam – ich schließe auch die CDU und alle anderen ein – von dem Gedanken aus, die Kunst bewirke etwas. Sie bewirkt etwas Positives für die Gesellschaft. Sie bewirkt etwas Positives für das Individuum. Das hat etwas mit Persönlichkeitsentwicklung, mit Mündigkeit und mit Emanzipation zu tun. Das hat etwas mit personellen Kompetenzen und mit Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft zu tun. Das hat auch etwas mit Werten zu tun. Wir sind uns einig, wenn wir gemeinsam sagen: Das verträgt nichts Exklusives. Das ist für alle da. Das muss für alle da sein.

Ute Schäfer hat im neuen „Jahrbuch für Kulturpolitik“ der Kulturpolitischen Gesellschaft einen Text mit dem Titel „Kulturelle Bildung eröffnet Lebenschancen!“ geschrieben. Wie gesagt: Auch da sind wir uns einig. Das handlungsleitende Prinzip ist ja das „auch“. Die Frage für uns lautet natürlich immer wieder: Wie muss das arrangiert werden? Deswe-

gen bin ich, wie gesagt, immer dankbar, wenn solche Themen behandelt werden.

Wir müssen selbstverständlich die Bildungseinrichtungen, die außerschulischen Lernorte sowie die Qualität und Ausbildung von Vermittlern und die Arbeit der Kultureinrichtungen in den Blick nehmen. Wir müssen vor allen Dingen auch die Angebotsstruktur der kulturellen Bildung in den Blick nehmen – nicht nur fokussiert auf Kinder und Jugendliche –, denn sie stellt ein lebensbegleitendes Angebot entlang der individuellen Biografie dar.

Grundsätzlich ist aber – da müssen wir uns ein wenig von Projekten lösen – die Haltung wichtig. Kulturelle Bildung verstehen auch wir als ein Menschenrecht. Auf diesen Weg müssen wir uns machen.

Ich gehe auf Ihren Antrag ein. Die Ausgangslage ist zum Teil gut beschrieben. Da schimmerte viel Olaf Zimmermann durch; das fand ich erst recht gut.

Aber Ihre darauffolgende Systematik ist sehr durchschaubar. Sie spielen hauptsächlich auf zwei Projekte an: JeKi – toll, Kulturrucksack – nicht so toll. Sie schreiben in Ihrem eigenen Antrag, wie es mit JeKi aussieht – ich schaue mir dieses Projekt kurz an –, nämlich etwa 32.000 Erstklässler und 3.500 Viertklässler.

Ich sage noch einmal ausdrücklich: Das Prinzip JeKi ist das richtige. Aber wenn Sie ein Projekt haben, bei dem Sie innerhalb von vier Jahren über 80 % der Teilnehmer verlieren, müssen Sie sich fragen, ob das in der Grundanlage noch das richtige Projekt ist.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn Sie die Forderungen nach Effizienz stellen, müssen Sie sich genau diese Frage stellen und können nicht immer wieder hergehen und sagen: Und das müssen wir jetzt ausweiten. Wir müssen die Prinzipien anerkennen, die darin richtig sind, und ausweiten, aber nicht dieses Projekt in der jetzigen Form. Deswegen müssen wir es evaluieren, wir müssen es weiterentwickeln, um es tatsächlich als Angebot darstellen zu können.

Eines ist bei solchen Projekten auch entscheidend: Wir müssen immer wieder die Anschlussfähigkeiten von Projekten, um – wie gesagt – lebenslang eine Begleitung darstellen zu können, prüfen. Wenn ich derzeit sehe, dass die Angebotsstruktur nach vier Jahren – wenn sie überhaupt noch da ist – abrupt endet, dann ist das nicht zwingend ein Erfolgsgarant.

Insgesamt: Wir müssen uns ein wenig stärker von Projekten lösen und überlegen, wie wir zu einer Gesamthaltung in allen Einrichtungen – in Bildungseinrichtungen und Kultureinrichtungen – kommen, die kulturelle Bildung als Schwerpunkt, aber auch als Querschnittsaufgabe versteht.

Sie mahnen in den Einzelpunkten eine Auflistung einer Darstellung der Angebote im Land an. Das wird etwas schwierig, und das wissen Sie auch. Denn das eine ist die Frage, welche Angebote es im Land gibt, und das andere ist die Frage, welche Angebote das Land zur Verfügung stellt. Das ist ein riesengroßer Unterschied. Denn wir haben selbstverständlich die Kulturangebote für Kinder und Jugendliche. Wir haben die Projekte des Landes mit JeKi, Kulturrucksack, Kultur und Schule. Wir haben aber auch die Projekte in den Regionen.

Wir haben Förderkriterien, in denen kulturelle Bildung als Teil mitgemacht wird. Wir haben Paktkriterien wie zum Beispiel beim Theaterpakt. Wir haben Angebotsstrukturen über die offene Ganztagschule. Wir haben auch Angebotsstrukturen über den Kinder- und Jugendplan. Wir haben Bildungsangebote durch die Bildungsträger. Die Musik- und Kunstlehrer wollen wir nicht vergessen. Wir haben zusätzliche Angebote in den Kommunen.

Wir haben natürlich auch anteilige Ansätze in jenen Kultureinrichtungen. Wir haben darüber hinaus häufig auch noch Kultureinrichtungen für Kinder und Jugendliche im Bereich der Bildung, die praktisch durch ihre Einrichtung selbst schon ein Spezifikum darstellen. Ich nenne nur einmal die Bibliotheken und die Musikschulen. Da wird eine Auflistung doch etwas schwierig.

Aber wenn wir noch einmal die Haltung und den Gesamtblick betrachten, dann müssen Sie sich fragen: Was ist ein möglicher Ordnungsrahmen? Diesen Ordnungsrahmen kann die Kommune darstellen. Deswegen ist es immens wichtig, dass wir eine kommunale Strategie kultureller Bildung entwickeln. Das ist einer der Wege. Auf Landesebene müssen wir schauen, wie wir es in vielen Bereichen entsprechend unterstützen können, auch ein Stück weit weg von dem Gedanken der Projektierung. Das sage ich ganz offen.

Auf die zweite Frage gehe ich nicht groß ein. Es ist vieles im Internet. Es ist nicht so, dass wir hier Projekte machen und darüber nicht sprechen. An den entsprechenden Stellen ist es durchaus transparent ersichtlich.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist beendet.

Andreas Bialas (SPD): Ich beeile mich. – Ich komme noch zu dem Punkt, ob die Zusammenführung Sinn macht. Wenn man zusammenführt, muss es einen Mehrwert haben. Diesen Mehrwert sehe ich derzeit in dieser Form nicht.

Noch einmal: Wichtig sind die Gesamtkonzeptionen der kulturellen Bildung in den Kommunen. Es ist ebenfalls wichtig – auch das noch einmal zur Haushaltsführung –: Ich kann nicht flächendeckend alle erreichende kultureller Bildung, die teuer ist, an-

mahnen und gleichzeitig immer wieder skandalisieren, dass dieser Haushalt die Schuldenbremse nicht entsprechend einhält. Davon muss man ein Stück weit wegkommen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Ihre Redezeit ist um eine Minute überzogen.

Andreas Bialas (SPD): Das ist der letzte Satz. – Sie haben beim letzten Mal die Nautik angesprochen. Deswegen antworte ich noch einmal mit der Nautik. Mit dem Antrag haben wir noch keinen gemeinsamen Ankerplatz gefunden. Selbstverständlich überweisen, selbstverständlich über kulturelle Bildung reden! – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Bialas. – Für die CDU-Landtagsfraktion spricht Herr Prof. Dr. Dr. Sternberg.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen, meine Herren! In Nordrhein-Westfalen gab es einmal von 1946 bis 1995 ein Kultusministerium. Dieses Kultusministerium hatte die klassischen Bereiche Schule, Wissenschaft und Kultur. In der Kultusministerkonferenz hat sich der Begriff noch gehalten, obwohl es solche Kultusministerien nur noch in drei Ländern gibt: in Thüringen, in Mecklenburg-Vorpommern und in Rheinland-Pfalz.

Seit 1995 ist die Kultur in andere Ministerien abgewandert, und zwar in ganz unterschiedliche Bereiche, bis sie dann 2005 in die Staatskanzlei geholt wurde und mit einem eigenen Staatssekretär, mit Herrn Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff, besetzt wurde. Jetzt ist sie wieder Anhängsel und fünftes Rad am Wagen zusammen mit Familie, Kindern, Frauen, Jugend, Senioren und Sport, wahrscheinlich auch noch Freizeit und Erholung und rangiert jetzt unter „ferner liefern“.

Warum sage ich das? Die Trennung der Kultur von der Bildung war ein verhängnisvoller Fehler. Denn heute wird Kultur sehr häufig in dem Kontext von Freizeitgestaltung wahrgenommen. Wenn jedoch Kultur nur eine Form der Zerstreung, des Entertainments und der Events meint, dann hat sie ihre Förderungslegitimation verloren.

Meine Damen und Herren, kulturelle Bildung ist streng genommen eine Tautologie. Kultur hat eigentlich immer mit Bildung zu tun. Der Begriff taucht übrigens zum ersten Mal bei Cicero auf. Er verwendet ihn als *cultura animi*, als die Pflege des Geistes, und so wurde er auch immer gebraucht.

Am 11. April wird zum ersten Dialogtreffen der kulturellen Bildung in Frankfurt am Main eingeladen – eine ganz frische Einladung –, und das findet unter dem schönen Titel – den finde ich wunderbar – „Kultur bildet“ statt. Der Titel ist genau richtig.

Wenn wir jetzt strenger über kulturelle Bildung sprechen, handelt es sich um ein absolutes Mega-Thema der Kulturpolitik. Vor wenigen Wochen stellte die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e. V. in Remscheid das neue Handbuch „Kulturelle Bildung“ vor. Auf über 1.000 Seiten werden in 88 Beiträgen die verschiedenen Aspekte unseres Themas diskutiert. Die neue Bundesministerin Johanna Wanka stellt übrigens darin dar, wie in Niedersachsen bis zum Regierungswechsel in diesem Jahr kulturelle Bildung als Querschnittaufgabe begriffen wurde.

Der Schlussbericht der Enquetekommission „Kultur in Deutschland“ behandelte 2007 das Thema auf immerhin 47 Seiten. Die dortigen Handlungsempfehlungen an die Länder sind nach wie vor außerordentlich lesenswert.

Bezeichnend ist, dass der Text – da schließe ich an Kollegen Bialas an – bei der Enquetekommission sehr nachdrücklich mit dem Kapitel beginnt: Kulturelle Bildung in der Lebensperspektive. Denn kulturelle Bildung kann nicht nur eine Sache für Kinder und Jugendliche sein, sondern sie reicht weiter über die Erwachsenenbildung bis hin zur Seniorenbildung.

In Nordrhein-Westfalen wurden wir 2005 einmal zum Musterland der kulturellen Bildung mit dem Programm „Kultur und Schule“, das bis heute erfolgreich läuft, mit dem neuen Etatposten „Interkulturelle Kulturarbeit“ und nicht zuletzt mit dem großen Modellprojekt JeKi, dem größten Feldversuch der kulturellen Bildung, den es in Deutschland je gab, und seinen Ablegern JeKiSS. Es war der erste und wichtigste Beitrag zur Kulturhauptstadt Ruhr 2010.

Damit sind wir schon beim Kernproblem. Natürlich war immer klar, dass das einen Versuchscharakter hatte und die Kulturhauptstadt die Begrenzung auf das Ruhrgebiet legitimierte. Wir haben die Ausweitung damals durch erste Haushaltsansätze und eine Evaluation vorbereitet. Trotzdem wird das Programm seit 2010 auf das Ruhrgebiet begrenzt. Sie können JeKi verändern, vereinfachen, reduzieren, erweitern, Sie können ganz vieles machen – nur eine Einschränkung auf das Ruhrgebiet ist durch nichts zu legitimieren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Ministerpräsidentin hat gestern gesagt, die kulturelle Bildung werde weiter gefördert im Sinne der Kinder in unserem Land. Man muss hier wohl einschränken: Gemeint sind vor allem Kinder im Ruhrgebiet.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Priggen zulassen?

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Aber immer gern.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege Priggen, bitte schön.

Reiner Priggen (GRÜNE): Ganz herzlichen Dank, Herr Prof. Sternberg, für die Zulassung der Zwischenfrage. Wenn ich es richtig weiß, dann ist in diese Stiftung außer 25.000 € Kapital keine weitere Zustiftung geflossen. Nur das Land Nordrhein-Westfalen gibt über 8 Millionen € im Jahr hinein. Meine Frage: Müsste nicht eigentlich festgestellt werden, dass dieses Projekt gescheitert ist, wenn niemand anderes eingestiegen ist und es mitfinanziert?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Prof. Sternberg.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Herr Priggen, das beantworte ich sehr gerne. Es ist so, dass in dieses Projekt im Ruhrgebiet tatsächlich nachher keiner mehr eingestiegen ist. Aber das Projekt ist mehrfach kopiert worden, und zwar nicht nur in Deutschland. Es ist durchaus ein Modell geworden.

Ich habe vorhin bereits gesagt: Ich kann mir vorstellen, JeKi deutlich zu verändern, auch deutlich günstiger zu machen. Damit habe ich kein Problem. Nur die Begrenzung auf das Ruhrgebiet in der jetzigen Form, die ist nicht zu legitimieren.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Wenn wir uns das nicht für das ganze Land leisten können, dann bin ich doch für alles zu haben, dann müssen wir es ändern. Aber die Begrenzung aufs Ruhrgebiet ist eine unverantwortliche Bevorzugung der Kommunen des Ruhrgebietes gegenüber den anderen Kommunen im Land Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Meine Damen und Herren, ich komme noch zu anderen Themen. Gestern haben die Koalitionsfraktionen in den Etatverhandlungen ja noch die Kurve gekriegt und die 500.000 € Kürzungen im Titel „Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche“ zurückgenommen. Aber eines bleibt: Die Kürzungen in Höhe von 13,5 Millionen € im Kulturretat werden sich auf alle Titel auswirken. Irgendwann braucht auch die Kunststiftung wieder einen Ankaufsetat. Irgendwann braucht man auch wieder freie Mittel für besondere Projekte. Das Geld fehlt.

Deshalb haben wir gestern trotz unseres klaren Sparwillens einen Antrag gestellt, die Kulturkürzungen vollständig zurückzunehmen. Wir bleiben bei unserem Prinzip und dem der Bundesregierung, dass die Kultur aufwachsen kann, auch wenn man die Haushalte konsolidiert. Unsere Regierung hat bis 2008 gezeigt – die Bundesregierung heute –, dass Konsolidierung und Gestaltung keine Gegensätze sind. Es kommt darauf an, dass man Kultur ernst nimmt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, es wäre über vieles zu reden. Es wäre zu reden über Schulpolitik, die viel mit kultureller Bildung zu tun hat. Es wäre zu reden über außerschulische Lernorte. Ich kann darauf aber jetzt nicht eingehen.

Der Antrag, der hier vorliegt, verfolgt das Ziel der Erfassung und Systematisierung der kulturellen Bildung und ihre Einbindung in ein stimmiges Konzept. Nachdem wir jetzt mehr als zwei Jahre immer wieder auf ein ominöses Kulturfördergesetz verwiesen worden sind, das alle kulturpolitischen Fragen dieser Welt klären soll, sollten wir uns jetzt in einem wichtigen Teilbereich an die Arbeit machen, etwas erarbeiten, strukturieren. Ich freue mich auf die Debatte im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Prof. Sternberg. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Kollege Abel.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mit dem beginnen, was die Ministerpräsidentin gestern in der Generaldebatte zum Haushalt gesagt hat. Aus meiner Erinnerung: Wir alle wissen, wie wichtig kulturelle Bildung gerade für die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen ist. Da geht es in der Tat um Teilhabe. Gerade in diesem Alter entwickeln junge Menschen eigene kulturelle Interessen. Wir müssen ihnen alle Chancen geben, die Kreativität zu erproben und sich mit Kunst und Kultur vertraut zu machen.

Ich habe das hier gerne wiederholt, weil ich es bemerkenswert finde, dass sie das in der Generaldebatte erwähnt hat. Das zeigt den Stellenwert der kulturellen Bildung. „Kein Kind zurücklassen“ bedeutet eben auch, den Zugang zu Kunst und Kultur für alle zu ermöglichen. Das sehen wir als Fraktionen von Grünen und SPD so, das sieht die Landesregierung so, voran Ministerin Schäfer.

(Beifall von Reiner Priggen [GRÜNE])

Und das, meine Damen und Herren, ist auch Ausdruck der Erkenntnis, dass wir die Herausforderungen der Zukunft ohne die Kultur nicht werden bewältigen können, dass zu guter Bildung eben nicht nur

guter Unterricht gehört, sondern dass gerade Theaterbesuche, Lektüre von Büchern, Musik machen, Musik hören, Texte schreiben junge Menschen bewegen können.

Die Potenziale, die wir dadurch heben können, sind ein riesiger Schatz, von dem wir alle profitieren können. Ich meine das nicht ökonomisch. Aber es ist nicht von der Hand zu weisen, dass kreative Potenziale auch für die Wirtschaft immer wichtiger werden.

Meine Damen und Herren, genau deswegen satteln wir in diesen Bereichen drauf – trotz schwieriger Haushaltslage.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben seit Regierungsübernahme für Zuwächse bei Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche gesorgt, inklusive dem Kulturrucksack, der landauf, landab in vielen Kommunen gepackt wird.

Aktuell haben wir mit dem verabschiedeten Haushalt eine halbe Million Euro draufgelegt. Wenn Sie schauen, wo wir begonnen haben, und sehen, dass wir jetzt jedes Jahr 7,9 Millionen € alleine in diese Projekte geben – JeKi nicht mit eingerechnet –, dann zeigt Ihnen das doch bei einem Gesamtetat von etwas mehr als 182 Millionen €, wo die Prioritäten liegen.

Damit wäre eigentlich alles erschöpfend gesagt. Jetzt gibt es aber noch den Antrag von den Kolleginnen und Kollegen der FDP. Ich hatte mir überlegt – aber das lässt die Geschäftsordnung des Hohen Hauses nicht zu –, mit einem Beamer durch die Webseite kulturrucksack.nrw.de zu klicken. Denn alles, was Sie in Ihrem Antrag einfordern – Transparenz, Kriterien offenlegen, bisherige Projekte online stellen –, können Sie seit Beginn des Projektes Kulturrucksack auf dieser Webseite nachlesen.

Da wir das jetzt hier nicht online nachvollziehen können, habe ich für die Kolleginnen und Kollegen schon einmal nachgeschaut, was es dazu in ihrem Heimatkreis in den nächsten Wochen so gibt. Zum Beispiel findet am 28. März im Burgenmuseum Nideggen, sehr geehrte Kollegin Schmitz, eine Reise in die musikalische Welt des Mittelalters statt. Da können Kinder viele interessante Instrumente, alte Texte und Speisen kennenlernen.

Herr Nückel, in den Flottmann-Hallen Herne probt bereits seit Februar eine Gruppe 10- bis 14-Jähriger Szenen und Performances für Improvisationstheater ein. Die Aufführungen werden am 22. und 23. Juni im Rahmen des Herner Kulturfestivals gezeigt. Die Teilnahme ist für die Kinder kostenlos. Ich drücke ihnen alle Daumen für eine gelungene Aufführung.

Jetzt muss ich etwas mit der Redezeit improvisieren. – Meine Damen und Herren, ich bin Ihnen für den Antrag trotzdem sehr dankbar. Denn auch wenn er sich wohl erledigt hat – das können wir im

Ausschuss noch mal beleuchten –, können wir im Hohen Hause somit noch mal über die Kulturpolitik sprechen, was ja nie schaden kann, und auch noch mal sagen, was wir machen wollen.

Wir wollen eine biografische Kulturförderung: vom Kindergarten über die Grundschule bis hin zu den 10- bis 14-Jährigen und darüber hinaus.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir knüpfen an den vorhandenen Angebotsstrukturen an: Kunst im Kindergarten, dem Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ – lieber Thomas Sternberg, ich bin sehr gespannt auf deine Vorschläge im Ausschuss – und dem Landesprogramm „Kultur und Schule“.

Unser Ziel ist, dass wir allen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geben, die ganz andere Welt von Kunst und Kultur zu erleben. Das ist besonders wichtig für die Städte, in denen es knapp ist.

Wir werden Ihren Antrag im Ausschuss debattieren. Vielleicht schauen Sie bis dahin, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, noch mal auf die Webseite. Möglicherweise brauchen wir dann gar nicht alle Punkte zu besprechen. Wenn es irgendwo gute Verbesserungsvorschläge gibt: Wir sind sehr offen dafür. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Abel. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Kollege Lamla.

Lukas Lamla (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Kulturelle Bildung in Nordrhein-Westfalen gleicht einem Kinderzimmer. Es ist nicht besonders ordentlich darin, und an der Tür hängt ein Schild, auf dem steht: Erwachsene unerwünscht. Auf dem Boden liegt der Kulturrucksack, der Inhalt verstreut. Dazu stapeln sich Kultur- und Schulsachen auf dem Schreibtisch, während das Instrument von JeKi verstaubt im Regal liegt und dort darauf wartet, das nächste Mal benutzt zu werden.

Das ist zwar typisch für ein Kinderzimmer, aber dennoch: Hier sollte aufgeräumt werden.

Ich habe kürzlich versucht, mir einen schnellen Überblick über die Angebote im Bereich kultureller Bildung zu verschaffen, und dabei festgestellt: Es gibt viele bunte Bilder auf verschiedensten Webseiten, aber – das muss ich ganz klar betonen – ich habe nur einen einzigen roten Faden gefunden und erkannt, dass kulturelle Bildung sich vor allem an Kinder und Jugendliche richtet. Der Nachwuchs soll ja schließlich nicht nur Kultur aus dem Joghurtbecher kennenlernen. Das ist auch gut so.

Gleichzeitig bekomme ich jedoch den Eindruck, dass sich die Landesregierung hier nur auf einen einzigen Bereich konzentriert, streng nach dem Highlander-Prinzip: Es kann nur einen geben. – Dieser eine Bereich ist jedoch zu wenig.

Auf der Webseite des Ministeriums wird unter dem Punkt „Kulturelle Bildung“ neben bunter Bebilderung im kinderfreundlichen Stil die Erwachsenenbildung nur ganz kurz thematisiert. Ich möchte diesen kleinen Passus hier einmal zitieren. Dort heißt es:

„Auch Erwachsene aus bildungsfernen Schichten oder mit Migrationshintergrund und die Bedürfnisse von Senioren erfordern neue Wege, um Menschen mit Kultur vertraut zu machen.“

Doch wo genau sind diese neuen Wege, Frau Ministerin? Dieses winzige Bekenntnis zur kulturellen Erwachsenenbildung steht allein auf dem Flur, während die Party im Kinderzimmer stattfindet.

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat auch schon festgestellt, dass die kulturelle Erwachsenenbildung häufig nicht mehr als Grundversorgung, sondern als Luxusangebot angesehen wird. Das ist ein fataler Fehler, denn Erwachsenenbildung darf sich in Zeiten großer gesellschaftlicher Veränderungen nicht mehr oder weniger nur auf berufliche oder erwerbsorientierte Weiterbildung beschränken.

(Beifall von den PIRATEN)

Denn das wäre geistige Verarmung.

Dabei muss in NRW wirklich niemand geistig verarmen, ganz im Gegenteil. Einerseits gibt es eine Fülle verschiedenster Kulturangebote: von der Oper bis hin zum Theater, über Comedy, Kino, Konzerte. Alle Geschmacks- und Stilrichtungen werden bedient. Andererseits müssen diese Angebote von Theater und Oper im Leben der vielen Menschen überhaupt erst stattfinden. Opern und Theater sind für viele Bürger oft nicht mehr als der Name einer Haltestelle in der Nähe eines Prachtbaus. Das ist sehr schade.

Dieser Zustand soll aber nicht als bildungsferne Geistesarmut abgetan werden. Bildungsferne ist nämlich heilbar, sie muss kein Dauerzustand sein. Bildungsferne entsteht in allen gesellschaftlichen Schichten, wenn kulturelle Bildung nach der Schule aus dem Leben wegfällt, die Zeit dafür fehlt oder Berufliches in den Vordergrund rückt.

Es gibt im Ausschuss daher dringenden Redebedarf. Einerseits muss das Angebot für Kinder und Jugendliche übersichtlich und für die Öffentlichkeit einsehbar dargestellt werden. Insoweit haben die Antragsteller recht. Die Möglichkeiten zur Zusammenfassung dieser Angebote sollten auch geprüft werden. Darüber hinaus fordern wir Piraten eine Auseinandersetzung mit dem Status der Erwachsenen- und Seniorenbildung im Bereich Kunst und Kultur auf Landesebene.

(Beifall von den PIRATEN)

Es muss ja nicht beim chaotischen Kinderzimmer bleiben. Teenager können auch mal erwachsen werden.

Meine Damen und Herren, es fällt mir persönlich gerade wirklich schwer, über den Bereich Kultur und ganz besonders über Bildung zu sprechen, wenn ich gleichzeitig mitbekomme, dass die NRW-SPD-Fraktion sich auf Bundesebene für das Leistungsschutzrecht ausspricht. Denn das Leistungsschutzrecht ist für die kulturelle Vielfalt im Netz eine große Gefahr. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Danke schön, Herr Kollege Lamla. – Für die Landesregierung spricht nun Frau Ministerin Schäfer.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gemeinsam mit den Kommunen und den vielen freien Trägern sorgen wir dafür, dass in Nordrhein-Westfalen für Kinder und Jugendliche ein dichtes, oft auch kostenloses, zumindest aber kostengünstiges Angebot der kulturellen Bildung bereitsteht.

Unterschiedliche Ansätze und Zielgruppen brauchen allerdings auch unterschiedliche Formen der Ansprache, der Beratung und der Vernetzung.

Ich freue mich, dass Sie, Frau Schmitz, das breitgefächerte Angebot in Ihrem Antrag begrüßen. Sie kritisieren aber, dass es kein ganzheitliches Angebot ist.

Ich sage an dieser Stelle allerdings ausdrücklich, dass uns diese Vielfalt der Angebote ganz besonders wichtig, dass sie für uns sogar ein Markenzeichen ist. Um sie zu sichern und weiterzuentwickeln, arbeiten wir mit vielen erfahrenen und kompetenten Partnern zusammen, zum Beispiel mit der Landesarbeitsgemeinschaft Kulturpädagogische Dienste oder mit der Landesmusikakademie Nordrhein-Westfalen. Damit gewinnen wir viele wertvolle Kompetenzen für die kulturelle Bildung. Es kommt zu Synergieeffekten für alle Beteiligten. So entstehen Qualität und Effizienz in der kulturellen Bildung.

In diesem Zusammenhang möchte ich gerne noch einmal ein paar Worte zu JeKi sagen, das von FDP und CDU mehrfach angesprochen worden ist. Um es ganz deutlich zu sagen: Als wir dieses Projekt übernommen haben, war es schlicht und einfach auf Sand gebaut, weil CDU und FDP keinerlei Vorsorge dafür getroffen hatten, wie dieses Projekt ausfinanziert werden sollte, nachdem sich die Bundeskulturstiftung daraus zurückgezogen haben würde. Man wusste: Sie hat nur Mittel in Höhe von 3 Millionen € für drei Jahre bereitgestellt.

Das war eine Riesenbaustelle für uns. Wir mussten dieses Projekt erst einmal stabilisieren, Herr Prof. Sternberg. Ansonsten hätte es gar nicht mehr stattfinden können. Sie hatten keinerlei Vorsorge dafür getroffen!

Liebe Frau Schmitz, wollte man das auf das ganze Land ausweiten, würde das für Nordrhein-Westfalen – das ist mal berechnet worden – 83 Millionen € kosten.

(Widerspruch von Prof. Dr. Thomas Sternberg [CDU])

– Herr Prof. Sternberg, ich gebe Ihnen ja recht: Man kann das verändern. Nur mussten wir diese große Baustelle erst mal aufräumen und stabilisieren. Natürlich werden wir auch etwas verändern.

Zwischendurch hatten wir eine Neuwahl. Es gab also eine Zeit, in der wir nicht weiterarbeiten konnten. Das gilt auch für das Kulturfördergesetz.

Also: Seien Sie ganz beruhigt! Wir machen unsere Hausaufgaben Zug um Zug. Aber wir hatten nun mal viel damit zu tun, Ihre Baustellen aufzuräumen.

In der Förderpolitik lege ich großen Wert darauf – das will ich ausdrücklich sagen –, Programme und Initiativen gemeinsam mit den jeweiligen Akteuren zu entwickeln. Das gilt natürlich auch für die kulturelle Bildung.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Transparenz ist dazu eine wichtige Grundlage. Deshalb gibt es zu all unseren Aktivitäten umfassende Informationen im Netz, vor allem natürlich auf unserer Ministeriumsseite, soweit es uns betrifft. Zu jedem Landesprogramm – etwa „Kultur und Schule“ und „Kulturrucksack“ – bieten wir neben verschiedenen Medien auch das Internetportal an, das Interessierte und Beteiligte informiert und auch zur Kommunikation einlädt. Es wird im Übrigen sehr gut genutzt.

Wir informieren auch mit dem jährlich vorgelegten Kulturförderbericht über die kulturelle Bildung in Nordrhein-Westfalen. Dazu gibt es Fachgespräche, Konferenzen und andere Veranstaltungen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Außerdem trägt zur Transparenz die von der Landesregierung finanzierte Arbeitsstelle „Kulturelle Bildung in Schule und Jugendarbeit“ bei. Sie unterstützt Schulen, Einrichtungen und Kulturpartner. Auch dazu gibt es ein Internetangebot und zahlreiche Veröffentlichungen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Prof. Sternberg?

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Ja, bitte.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist nett. – Bitte schön, Herr Sternberg.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Frau Ministerin, wenn ich richtig informiert bin, ist am 1. Mai 2010 unmittelbar vor der damaligen Landtagswahl sogar noch ein Evaluations- bzw. ein Perspektivbericht zu JeKi als Manuskript ohne Endredaktion vorgelegt worden. Ist an diesem Bericht eigentlich irgendwann mal weitergearbeitet worden?

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Ja, daran ist weitergearbeitet worden. Wir sind ja dabei, dieses Projekt weiterzuentwickeln. Aber in diesem Bericht ist damals auch zum Ausdruck gekommen, dass es würde man das Projekt auf das ganze Land übertragen, 83 Millionen € kosten würde. Das hat dieser Bericht vor allem ausgesagt.

Noch einmal: Als wir das Projekt übernommen haben, Herr Prof. Sternberg, war es total unterfinanziert. Ich habe noch nie ein Projekt gesehen, das so schlecht vorbereitet war.

Ich sage Ihnen noch etwas dazu: Sie haben 11 Millionen € an Spendenmittel vorausgesetzt, damit dieses Projekt weiterlaufen kann. Sie wissen genau, dass lediglich 500.000 € respektive 1 Million € eingeworben worden sind.

Das Projekt war komplett unterfinanziert, schlecht vorbereitet. Wir haben es stabilisiert und werden es weiter überarbeiten, um dann zu überlegen, welche Bereiche man in die Fläche des Landes bringen kann. Das dauert allerdings, das ist nicht ganz leicht.

Ich möchte noch etwas zu den Informationsquellen sagen. Die Internetportale habe ich Ihnen genannt. Frau Schmitz, ich kann es Ihnen leider nicht ersparen, aber in Ihrem Antrag steht, dass sich an dem Kulturrucksack 28 Kommunen beteiligen. Hätten Sie ins Internet geschaut, hätten Sie gemerkt, dass inzwischen 130 Kommunen in Nordrhein-Westfalen in diesem Bereich mitmachen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich möchte Herrn Abel ausdrücklich danken, dass er das an dieser Stelle so deutlich betont hat. Das war sehr hilfreich.

Ich bin froh, dass wir eine so bunte, eine so lebendige Landschaft der kulturellen Bildung in Nordrhein-Westfalen haben. Sie ist ein großer Schatz. Das bescheinigen uns auch andere Bundesländer. Wir sind in diesem Bereich gemeinsam mit dem Schulressort durchaus federführend. Wir brauchen uns hinter niemandem zu verstecken. Das ist in der

Tat eine wichtige Voraussetzung für ganzheitliche Bildung.

Ein Wort abschließend noch zu Herrn Lamla: Sie haben die kulturelle Bildung im Erwachsenenbereich angesprochen. Ich will Ihnen ganz deutlich sagen, dass es da durchaus unterschiedliche Aufgabenbereiche gibt. Für die Erwachsenenbildung sind unsere Volkshochschulen im Land Nordrhein-Westfalen natürlich von zentraler Bedeutung. Das ist nicht unbedingt eine Aufgabe, die in meinem Ministerium ressortiert. Gleichwohl beschäftigen wir uns mit Kultur im Alter. Auch dazu gibt es Projekte, die man natürlich auch bei uns findet. Es gibt das Kultursekretariat Gütersloh, das sich in besonderer Weise mit Kultur im ländlichen Raum beschäftigt – im Rahmen der demografischen Entwicklung.

Aber noch einmal: Das, was Sie unter klassischer Erwachsenenbildung verstehen, das bildet sich auch in unseren Volkshochschulen ab, die natürlich ebenfalls kulturelle Arbeit leisten. – Herzlichen Dank!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Wir sind am Ende der Debatte.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/2288** an den **Ausschuss für Kultur und Medien** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**. Abschließend abgestimmt werden soll im federführenden Ausschuss. – Wer stimmt dem so zu? – Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist einstimmig so überwiesen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

9 Fahrplan Breitbandausbau für Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/2280

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Piratenfraktion Herrn Kollegen Schwerd das Wort.

Daniel Schwerd (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Surferinnen und Surfer! Breitbandinternet ist in unserem Land heute in seiner Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft ebenso wichtig wie die anderen großen Infrastrukturtäger, wie Straßen oder Schienen. Wir sind uns alle einig, dass der wirtschaftliche Erfolg unseres Landes zum großen Teil darauf beruht, eine gut ausgebauten Infrastruktur zu haben.